

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Grosse Parteien
Akteure	Schweizerische Volkspartei (SVP)
Prozesstypen	Positionspapier und Parolen
Datum	01.01.1990 - 01.01.2020

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Beer, Urs
Benteli, Marianne
Bernath, Magdalena
Brändli, Daniel
Bühlmann, Marc
Hohl, Sabine
Müller, Eva
Rinderknecht, Matthias
Schoenholtz, Stephan

Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Hohl, Sabine; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias; Schoenholtz, Stephan 2024.
Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Grosse Parteien, Positionspapier und Parolen, Schweizerische Volkspartei (SVP), 1990 – 2014. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Sozialpolitik	1
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	1
Medizinische Forschung	1
Sport	1
<hr/>	
Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Grosse Parteien	1

Abkürzungsverzeichnis

UNO	Organisation der Vereinten Nationen
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AUNS	Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
IWF	Internationaler Währungsfonds
EU	Europäische Union
SKOS	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
SAG	Schweizer Allianz Gentechfrei
NATO	North Atlantic Treaty Organization
OFRA	Organisation für die Sache der Frau
IDA FiSo	Interdepartementale Arbeitsgruppe "Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen"
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade

ONU	Organisation des Nations unies
AVS	Assurance-vieillesse et survivants
ASIN	Action pour une Suisse Indépendante et Neutre
FMI	Fonds monétaire International
UE	Union européenne
CSIAS	Conférence suisse des institutions d'action sociale
CEDH	Convention européenne des droits de l'homme
EEE	l'Espace économique européen
StopOGM	Alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique
OTAN	L'Organisation du traité de l'Atlantique nord
OFRA	Organisation pour la cause des femmes
IDA FiSo	Groupe de travail interdépartemental "perspectives de financement des assurances sociales"
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade

Allgemeine Chronik

Sozialpolitik

Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

Medizinische Forschung

Dafür ausgesprochen hatten sich mit Ausnahme von AP, EDU, LP und SD alle im Parlament vertretenen Parteien, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, der Bauernverband und die Kleinbauernvereinigung, der Evangelische Kirchenbund, der Katholische Frauenbund, die Standesorganisationen von Chemischer Industrie und Medizin, die Kommission für biologische Sicherheit, der Bund für Naturschutz sowie das ehemalige Initiativkomitee, welches 1987 mit der Einreichung seines Volksbegehrens «gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen» die Diskussion überhaupt erst lanciert hatte.

Bekämpft wurde der Verfassungsartikel von der Liberalen Partei, welcher die neuen Regelungen bereits zu restriktiv waren. Als zu permissiv wurde er hingegen von AP, EDU, der SD und der Jungen SVP abgelehnt, ebenso von der Vereinigung «Ja zum Leben» unter der Führung des Berner EVP-Nationalrats Zwygart, von zahlreichen Frauenorganisationen wie der Ofra, der FraP und – abweichend von der Gesamtpartei – vom Vorstand der CVP-Frauen, von Behindertenvereinigungen sowie vom Basler Appell gegen Gentechnologie und der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie (SAG).¹

Sport

CVP und FDP veröffentlichten im Laufe des Jahres je ein **Thesepapier zum Thema Sport**. Dies veranlasste die Zeitung «Sport», den **Standpunkt aller Parteien** aufzulisten oder einzuholen. Sie kam dabei zum Schluss, dass die grosse Mehrheit – CVP, SVP, LdU und GP – in diesem Bereich wenig profiliert ist und die SP über unverbindliche Äusserungen nicht hinauskommt; einzig der FDP wurde konkretes und innovatives sportpolitisches Engagement zugestanden.²

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Grosse Parteien

Mit einem **Thesepapier** legte die SVP auch ihre Position zur Landwirtschaftspolitik dar. Ihre Vorstellungen decken sich im wesentlichen mit denen des Bauernverbandes, wie sie in dessen im Berichtsjahr eingereichten Volksinitiative formuliert sind. Im Zentrum soll der bäuerliche Familienbetrieb stehen, dessen **Einkommen** in der Regel weiterhin **über die Garantie kostendeckender Produktpreise finanziert** werden soll; immerhin soll auch das Instrument der **Direktzahlungen** vermehrt zum Einsatz kommen.³

Wie bereits 1988 bei der Gesamtverkehrskonzeption konnte sich die SVP auch beim Energieartikel nicht zu einer Unterstützung der Vorlage ihres eigenen Bundesrates durchringen. An der Delegiertenversammlung der SVP in Einsiedeln standen 97 Befürworter genau 97 Gegnern, unter Anführung von Nationalrat Blocher (ZH), gegenüber, worauf die Stimmfreigabe beschlossen wurde. Freilich gaben wichtige Kantonalsektionen, darunter diejenigen von Aargau, Bern und Graubünden, die Ja-Parole aus. Die beiden Atominitiativen (Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium) wurden von den Delegierten mit überwältigendem Mehr zur Ablehnung empfohlen, nur für die **Revision des Strassenverkehrsgesetzes** wurde die Ja-Parole beschlossen. Zum Abstimmungspaket im Frühling gab die SVP die **Ja-Parolen zum Rebaubeschluss und zur Revision der Bundesrechtspflege** heraus, empfahl hingegen alle Strassenbauinitiativen (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon, «Stopp dem Beton») zur Ablehnung.⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 18.05.1992
MARIANNE BENTELI

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 26.10.1990
MARIANNE BENTELI

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 27.04.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 22.09.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 28.09.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Bericht «Sozialstaat Schweiz» hat die SVP ihre kurz- und mittelfristigen Zielvorstellungen zur Sozialpolitik formuliert. Sie erachtet den **Ausbau der sozialen Sicherheit für grundsätzlich abgeschlossen**. Für notwendige sektorielle und qualitative Verbesserungen fordert sie die Einhaltung der Grundsätze der Kostenneutralität und der Subsidiarität zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden; generelle Leistungserhöhungen lehnt sie hingegen ab.⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 19.01.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Fragen zur Strukturanpassung der Landwirtschaft im Umfeld eines sich wandelnden Europa und der GATT-Verhandlungen hatte die SVP bereits in einer Resolution zur künftigen Landwirtschaftspolitik, welche an der Delegiertenversammlung vom 19. Januar in Sissach (BL) verabschiedet wurde, aufgegriffen. Sie setzte sich darin für die **Sicherstellung des bäuerlichen Einkommens**, zugunsten einer bodenabhängigen, standort- und umweltgerechten landwirtschaftlichen Produktion, für die **effiziente Nutzung** der inländischen Produktionsmöglichkeiten, für die **Förderung der bäuerlichen Familienbetriebe** sowie für die Abgeltung der **multifunktionalen Leistungen** der Landwirtschaft ein.⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 22.04.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den eidgenössischen Abstimmungen **unterstützte** die SVP das **Stimm- und Wahlrechtsalter 18**, die **Militärstrafgesetzreform** sowie die **Bundesfinanzreform**; letztere wurde aber von den Kantonalsektionen Zürich, Bern, Freiburg und Tessin abgelehnt. Einig war sich die Partei in der Ablehnung der Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Die Jungpartei gab dagegen die Ja-Parole zur SBB-Initiative und die Nein-Parole zur Barras-Reform, welche ihr zuwenig weit ging, heraus. Zur Militärstrafgesetzreform hatten die zürcherische SVP, der die Reform zu weit ging, und die waadtländische Sektion auch eine abweichende Parole herausgegeben.⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 25.08.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Entgegen einer Mehrheit der SVP-Fraktion und dem wiederum als prominentesten Gegner in Erscheinung getretenen Nationalrat Blocher **befürwortete** der Parteikongress den **IWF-Beitritt**. Die SVP-Delegierten **verwarfen hingegen die Parlamentsreform en bloc** – nach Meinung der Mehrheit führten die Reformen in Richtung eines Berufsparlaments –, obwohl der Zentralvorstand ein Ja empfohlen hatte. Die Berner Kantonalsektion und die Junge SVP fassten jedoch die Ja-Parole für die drei Vorlagen der Parlamentsreform.⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 19.08.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die SVP nahm eine **positive Haltung** gegenüber dem GATT-Vertragswerk ein, weil die **Exportwirtschaft von den GATT-Regeln profitiere** und im übrigen Ausgleichsinstrumente wie z.B. **Direktzahlungen an die Landwirtschaft** berücksichtigt würden. Ein Teil der Basis übte allerdings Kritik am Entscheid der Parteispitze.⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 25.10.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen empfahl die SVP **dieselben Parolen wie die FDP und die CVP**. Sehr knapp fiel der Entscheid für den Kantonswechsel des Laufentals aus. Abweichungen ergaben sich bei den Kantonalparteien vor allem bei den Vorlagen zur Mehrwertsteuer, insbesondere bei der Satzerhöhung und den Massnahmen zur Erhaltung der Sozialversicherung.¹⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 19.08.1994
EVA MÜLLER

In einem Sanierungskonzept für den Bundeshaushalt wollte die SVP die Ausgaben 1995 auf dem Stand von **1994 einfrieren** und 1996 über die Vorschläge des Bundesrates von 2,5 Mia CHF hinaus um **weitere 2,6 Mia CHF kürzen**. Vorab schlug sie, durch die Einführung einer einmonatigen Karenzfrist, **Einsparungen bei der Arbeitslosenkasse** vor. Gemäss SVP würde diese 1,5 Mia CHF in die Bundeskasse bringen, der Vorschlag wurde jedoch selbst von Arbeitgebern kritisiert. Ausserdem wollte die SVP vor allem im Asylbereich, in der Aussenpolitik und bei den EU-Forschungsprogrammen sparen. Nicht antasten wollte sie hingegen die Landwirtschaft und die AHV.¹¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 14.09.1994
EVA MÜLLER

Die SVP legte ein eigenes Drogenkonzept vor, welches sich von den Positionen der drei anderen Regierungsparteien klar abgrenzt. Darin hält sie am Ziel der **Suchtfreiheit der Gesellschaft** fest und will diese durch **präventive, therapeutische und repressive Massnahmen** erreichen. Zwangsentzüge im Rahmen des fürsorglichen Freiheitsentzugs sollen möglich werden. Als einzige Regierungspartei wehrte sich die Partei vehement **gegen die kontrollierte Abgabe harter Drogen** und den straffreien Drogenkonsum. Die Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» begrüsst sie, forderte vom Bundesrat aber einen differenzierten Gegenvorschlag.¹²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 03.12.1994
EVA MÜLLER

Bei den eidgenössischen Abstimmungen wich die SVP bei **vier Vorlagen von Bundesrat und Parlament ab**, darunter dem **Kulturartikel und den Blauhelmen**. Das Nein zum Kulturartikel entstand jedoch nur mit Zufallsmehr. Bei den Blauhelmen wichen fünf und beim Kulturförderungsartikel neun Kantonalparteien (von insgesamt 19) von der Mutterpartei ab und stimmten damit für den Parlamentsbeschluss. Als einzige Regierungspartei lehnte die SVP Schweiz auch die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe und – allerdings wiederum nur durch Zufallsmehr – das Krankenversicherungsgesetz ab. Dem Verbot der Rassendiskriminierung stimmte sie klar zu, sieben Kantonssektionen lehnten es jedoch ab.¹³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 10.03.1995
EVA MÜLLER

Zu Beginn des Jahres verabschiedeten die Delegierten der SVP ein neues Schwerpunktprogramm, das **programmatische Flügelkämpfe zwischen dem konservativen und dem liberalen SVP-Lager beilegen** sollte. In den Mittelpunkt stellte die SVP, wie die CVP, die Erhaltung und Förderung des Mittelstandes. Zur Nagelprobe geriet aber die Europafrage: Mit der Formulierung «ein Beitritt zur EU ist kein Ziel der schweizerischen Aussenpolitik» setzte sich mit 131 zu 111 Stimmen der konservative Zürcher Flügel durch, während sich die Westschweizer, Berner, Bündner und die SVP-Frauen sowie Bundesrat Ogi mehrheitlich für das Offenhalten aller Optionen ausgesprochen hatten.

Deutlich setzte sich bei den Delegierten eine repressive Haltung in der Drogenfrage durch. So wurde der Verzicht auf staatliche Heroinabgabe und Fixerstuben mit klarer Mehrheit – aber gegen die SVP-Frauen und die Berner Sektion – abgesegnet. Die Berner SVP sprach sich später offiziell für die laufenden Heroinabgabeversuche und Fixerräume aus. Ein Antrag, die Abschaffung der direkten Bundessteuer ins Programm aufzunehmen, hatte keine Chance.¹⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 07.04.1996
EVA MÜLLER

Im April gab neben den drei anderen Bundesratsparteien auch der **SVP-Fraktionsvorstand dem Bundesrat die Zustimmung** für ein erweitertes Verhandlungsmandat für die bilateralen Verhandlungen mit der EU, das Zugeständnisse im freien Personenverkehr und im Landverkehr vorsah. Prompt kündigte **Christoph Blocher das Referendum** an. Parteipräsident Maurer, der ebenfalls seine Unterschrift zum erweiterten Mandat gegeben hatte und dafür teilweise stark kritisiert wurde, betonte jedoch, dass die SVP die volle Freizügigkeit im Personenverkehr weiterhin ablehne. Von einem bilateralen Abkommen erwarte sie, dass das Thema EWR 2 oder gar EU-Beitritt damit vom Tisch sei.¹⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 22.04.1996
EVA MÜLLER

Als einzige Partei widmete die SVP der im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung geplanten Reform der Volksrechte einen Sonderparteitag und **profilerte sich dabei als Hüterin der Volksrechte**. Sie sprach sich zwar für den vorgeschlagenen Ausbau der Volksrechte aus, verwarf aber die im Gegenzug vorgesehene Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum.¹⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 10.06.1996
EVA MÜLLER

Die SVP legte ein drastisches Sanierungsprogramm für die Bundesfinanzen vor, das bis 1998 **ohne neue Einnahmen ein ausgeglichenes Budget** vorsieht. Dabei will sie den Rotstift insbesondere bei jenen Ausgabenposten ansetzen, die in den letzten Jahren die höchsten Zuwachsraten hatten. Die grössten Sparmöglichkeiten sah sie bei den Beziehungen zum Ausland, der Bildung, der sozialen Wohlfahrt, dem Verkehr sowie im Bereich Dienstleistungen und Honorare. Bei Armee, Landwirtschaft und AHV sollte gemäss SVP nicht gekürzt werden. Weiter forderte sie eine Bahnreform sowie den Abbau von 2000 Stellen in der Bundesverwaltung und die Überprüfung von über zwei Dutzend Ämtern und Dienststellen. 1999 möchte die SVP mit dem langfristigen

Schuldenabbau beginnen. Dieses Sanierungsprogramm, das Blocher (ZH) in Motionsform einbrachte, wurde vom Nationalrat im Rahmen der Sanierungsberatungen allerdings als zu radikal verworfen.¹⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 12.11.1996
EVA MÜLLER

Im Dezember kam die erste nationale Volksinitiative der SVP, «gegen die illegale Einwanderung», zur Abstimmung, bei der die Partei eine wenn auch **relativ knappe Niederlage einstecken** musste. Erneut wurde insbesondere der SVP Zürich im **Vorfeld der Abstimmung eine polemische Kampagne vorgeworfen**, und wie bereits beim letztjährigen «Stiefel-Inserat» der Zürcher SVP zu den eidgenössischen Wahlen boykottierten verschiedene Zeitungen ein umstrittenes Inserat der Kantonalpartei. Die **Initiative war auch parteiintern umstritten**. So hatte die Berner Sektion Stimmfreigabe beschlossen, während die Bündner und die Waadtländer SVP wie auch Bundesrat Adolf Ogi das Begehren ablehnten.¹⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 18.10.1997
EVA MÜLLER

An einer Delegiertenversammlung in Herisau verabschiedete die Partei ein Positionspapier mit einer ganzen Reihe von Forderungen, die auf eine härtere Gangart im Asylbereich abzielen. So müsse vor allem die Schweizer Südgrenze durch einen **massiven Ausbau des Grenzwachtkorps besser gesichert** werden, wenn nötig mit Hilfe der Armee. Gegen Länder, die die Rücknahme ihrer Staatsangehörigen verweigerten, seien **diplomatische und handelspolitische Zwangsmassnahmen** zu ergreifen, und Gelder aus der Entwicklungshilfe seien nur **noch an kooperierende Länder** auszubehalten. Ausserdem forderte die SVP eine Einschränkung der Rechtsmittel im Asylverfahren. Schliesslich schlug sie ein Bundesamt für Migration vor, in welchem das Bundesamt für Flüchtlinge und das Bundesamt für Ausländerfragen aufgehen sollen.¹⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 18.10.1997
EVA MÜLLER

Die SVP sprach sich gegen jede Form von Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch aus. Nicht zuletzt dürfte sie dabei auch an die enttäuschten katholisch-konservativen bisherigen CVP-Wähler insbesondere in der Innerschweiz gedacht haben. Die **SVP-Frauen, die sich im Verhältnis 3 zu 1 für die Fristenlösung** ausgesprochen hatten, wurden innerhalb der Partei einmal mehr marginalisiert.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 25.02.1998
URS BEER

In ihrem Positionspapier zur Wirtschaftspolitik legte die SVP den Hauptakzent auf ein **Revitalisierungsprogramm für kleine und mittlere Unternehmungen** (KMU), welche ihrer Meinung nach durch Vorschriften behindert und durch Steuern und Abgaben übermässig belastet würden. Die SVP lehnte die Einführung neuer Steuern generell ab und sprach sich einmal mehr für einen dezidierten Sparkurs aus. Bei den Sozialwerken kam für sie unter den Szenarien von IDA FiSo-2 nur der gezielte Abbau in Frage. Als wichtig erachtete sie die Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz, wobei sie der Gentechnologie entscheidende Bedeutung beimass.²⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 28.03.1998
URS BEER

In ihrem Positionspapier zur Migrationspolitik sprach sie sich **für eine erschwerte Zuwanderung von Ausländern** aus sowie für die **Herabsetzung der Altersgrenze von 18 auf 14 Jahre für den Familiennachzug**. Ferner hielt sie die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages zur Volksinitiative «für eine Regelung der Zuwanderung», die den Ausländeranteil auf 18% begrenzen will, im Gegensatz zum Bundesrat für unerlässlich. Bei den Einbürgerungen befürwortete die Partei zwar die erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der zweiten Generation, davon abgesehen soll die Einbürgerungspraxis hingegen restriktiver gehandhabt werden. Im Asylbereich sollen kriminelle, renitente und papierlose Asylsuchende in bewachten Kollektivunterkünften bis zur Ausschaffung untergebracht werden.²¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 16.01.1999
DANIEL BRÄNDLI

An der Albigütli-Tagung im Januar, einer jährlichen Veranstaltung der Zürcher SVP, widmete der in der SVP tonangebende Zürcher Nationalrat Christoph Blocher seine Rede einem Ausblick ins 21. Jahrhundert. Der **Staat sei heute zu teuer**; er müsse entschlackt und die Staats- und Steuerquoten gesenkt werden. Der Sozialismus führe durch seine beabsichtigte Gleichmacherei und Umverteilung zu mehr Egoismus. Dagegen sei Eigenverantwortung «wahrhaft soziales Verhalten». Er forderte die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, für sich selber zu sorgen und anderen nicht zur Last

zu fallen. Die **Zukunft gehöre dem wahrhaft liberalen Staat** und nicht etwa der Erlösung durch die EU, welche er mit Zentralismus und staatlicher Allmacht gleich setzte. Blocher appellierte an die Wähler der FDP und CVP, sich der «Selbst-Verantwortungs-Partei» SVP anzuschliessen.²²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 23.01.1999
DANIEL BRÄNDLI

Am SVP-Programmparteitag in Reconvillier (BE) bekräftigte die SVP ihren Widerstand **gegen einen Beitritt der Schweiz zur EU und zur UNO** und **gegen die Bewaffnung von Schweizer Militärangehörigen im Auslandsinsatz**. Die Berner Sektion, welche für eine weniger radikale Haltung eintrat, fand bei den Delegierten keine Mehrheit. Die im Herbst vom Parlament verabschiedeten bilateralen Verträge mit der EU wurden auch von einer Mehrheit der SVP-Fraktion gutgeheissen. Christoph Blocher stimmte zwar gegen die Verträge, lehnte es jedoch ab, das von der Lega und den Schweizer Demokraten lancierte Referendum zu unterstützen.²³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.01.2000
DANIEL BRÄNDLI

An der ersten Delegiertenversammlung nach den Wahlerfolgen vom vergangenen Herbst versicherte Parteipräsident Ueli Maurer, dass sich seine Partei nicht auf den Lorbeeren der Wahl ausruhen werde. Die Delegierten fassten gegen den Beschluss des Zentralvorstandes die **Ja-Parole zur Beschleunigungsinitiative**.²⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.03.2000
DANIEL BRÄNDLI

An einem Sonderparteitag im März forderte die SVP eine **finanziell tragbare Sozialpolitik**. Parteipräsident Maurer führte an, dass trotz explodierender Beiträge die Sozialwerke fast ausnahmslos vor einem Schuldenberg oder leeren Kassen stünden. Die Lösung des Problems dürfe nicht der kommenden Generation auferlegt werden. Die Beitragsexplosion sei nicht zuletzt auf die Vollkasko mentalität vieler Versicherter zurückzuführen. Die Delegierten stimmten einem Grundsatzpapier zu, welches langfristig eine Ausgabenreduktion auf das Niveau von 1990 zum Ziel hat. Bei der AHV erachtet die Partei eine Erhöhung des Rentenalters für sinnvoll. Einer Flexibilisierung will sie nicht im Wege stehen, falls diese nicht zu Mehrausgaben führe. Schliesslich sollten die zur Verfügung stehenden Mittel (Nationalbankgold, Spielbankenerträge) besser genutzt werden.²⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 17.04.2000
DANIEL BRÄNDLI

Mitte April sprach sich der SVP-Zentralvorstand deutlich **für die Annahme der bilateralen Verträge mit der EU** aus. Die Zürcher Kantonalsektion hatte sich wenige Tage zuvor knapp für ein Nein entschieden. Die Ausgangslage für die Delegiertenversammlung war deshalb ungewiss. Bundesrat Ogi vertrat in Appenzell die Meinung, die SVP müsse den von ihr nach dem EWR-Nein 1992 eingeleiteten bilateralen Weg jetzt auch beschreiten. Blocher dagegen warnte vor einer Schwächung des Wirtschaftsstandortes Schweiz und vor einer Zunahme der Arbeitslosigkeit; er verzichtete aber darauf, der Partei die Nein-Parole zu empfehlen. Mit 297 gegen 201 Stimmen wurde die Ja-Parole beschlossen. Bis zur Abstimmung fassten allerdings vierzehn Kantonalsektionen die Nein-Parole.²⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 03.07.2000
DANIEL BRÄNDLI

Am Sonderparteitag vom Juli in Unterentfelden (AG) beriet die SVP ihre aussenpolitische Position. Nebst der Diskussion eines Positionspapiers ging es dabei vor allem um die Frage nach der **Haltung gegenüber der Revision des Militärgesetzes** (Auslandsätze). Die Delegierten sprachen einem allfälligen bürgerlichen Referendum gegen die Revision ihre Unterstützung zu. Auf der Seite der Gegner hielten die Nationalräte Mörgeli und Schluer (beide ZH) an einer engen Neutralitätsdefinition fest. Friedenspolitik, Handelspartnerschaften und Gute Dienste seien die Mittel der schweizerischen Friedenssicherung. Unter dem Modewort Kooperation laufe die Schweiz aber Gefahr, in zukünftige Konflikte hineingezogen zu werden.²⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 18.07.2000
DANIEL BRÄNDLI

Mitte Juli präsentierte die Partei ein **Positionspapier zur Gesundheitspolitik**. Das Papier umfasste 24 Gesetzes- und Verordnungsänderungen, die ein menschlich und finanziell tragbares Gesundheitswesen zum Ziel haben. In erster Linie will die SVP die **Krankenkassenprämien senken** und den Leistungskatalog der Grundversicherung schlanker gestalten. Nicht weniger als neun Vorstösse zur Gesundheitspolitik reichte die SVP-Fraktion der eidgenössischen Räte in der Herbstsession ein. Im Oktober gab Maurer ausserdem bekannt, seine Partei wolle die Lancierung einer entsprechenden Krankenkassen-Initiative prüfen.²⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 28.08.2000
DANIEL BRÄNDLI

Am Parteitag in Genf beantragte der Zentralvorstand die Ablehnung der Volksinitiative zur Plafonierung des Ausländerbestandes (**18%-Initiative**). Die **Delegierten entschieden** sich aber mit 159 zu 109 Stimmen für ein **Ja**. Die Parteileitung zeigte sich enttäuscht. Generalsekretär Jean-Blaise Defago dachte sogar laut über seinen Rücktritt nach.²⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 27.01.2001
MAGDALENA BERNATH

Um die junge Kantonalpartei im Hinblick auf die Wahlen zu unterstützen, führte die SVP im Januar **erstmalig eine Delegiertenversammlung im Wallis** durch und beschloss in Martigny die Nein-Parole zur EU-Beitrittsinitiative.³⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 22.05.2001
MAGDALENA BERNATH

Ende April beschlossen die Delegierten auf dem Sarner Landberg (OW) die **Nein-Parole zu den beiden Teilrevisionen des Militärgesetzes**. Von den rund 30 Votanten hatten sich nur sieben für die Vorlagen eingesetzt; sie wurden zum Teil ausgepiffen. In der Folge erregte die **Abstimmungskampagne** mit Särgen, Soldatenfriedhöfen, verunstalteten Schweizerkreuzen und Militärköpfen, die von der AUNS und von einem überparteilichen, von der jungen SVP dominierten Komitee unter der Leitung von SVP-Nationalrat und -Vizepräsident Toni Brunner (SG) geführt wurde, die Gemüter. SVP-Nationalrat Jürg Stahl (ZH) verlangte eine Aussprache über die ganze Inseratenkampagne, da die SVP mit ihren Nationalräten Blocher, Fehr und Schlüer im Stil und personell eng mit der AUNS verbunden sei.³¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 11.07.2001
MAGDALENA BERNATH

Als letzte Partei nach der SP, der CVP und FDP nahm die SVP Stellung zur **Familienpolitik**. Sie verlangte eine steuerliche und rechtliche Privilegierung der klassischen Familie gegenüber anderen Lebensgemeinschaften. Fristenregelung, staatlich geförderte Krippen und eine Mutterschaftsversicherung lehnte sie ab.³²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.07.2001
MAGDALENA BERNATH

In einem Positionspapier zur **Integrationspolitik** verlangte die SVP, dass nur integriert werden solle, wer sich anpasse. Rechtzeitig zum Nationalfeiertag präsentierte sie ihren Entwurf eines **Anforderungsprofils für künftige Schweizerinnen und Schweizer**. Als Mindestvoraussetzung für jede Einbürgerung, auch für die erleichterte Einbürgerung von Ehegatten, sollten gute Kenntnisse einer der vier Landessprachen in Wort und Schrift, keinerlei Vorstrafen sowie das selbständige Bestreiten des Lebensunterhalts (Wohnung und Arbeitsstelle) sein. Der Bürgerrechtsmissbrauch durch Scheinehen sei zu bekämpfen.³³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 20.08.2001
MAGDALENA BERNATH

An der Delegiertenversammlung in Gais (AI) **lehnten die Delegierten den Entwurf zur Armee XXI ab** und verlangten eine grundlegende Neuausrichtung des Reformprojekts. Sie sprachen sich für die Stärkung der Miliz und gegen eine Zweiklassenarmee mit Berufssoldaten aus. Einstimmig verabschiedeten die Anwesenden ausserdem eine Resolution, die sich gegen den Abbau von Grenzkontrollen (Schengen-Abkommen der EU) und die Abschaffung der schweizerischen Waffentradition richtete und sich für die Autonomie der Kantone einsetzte.³⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 22.10.2001
MAGDALENA BERNATH

Ende Oktober empfahl die Delegiertenversammlung der SVP in Freiburg den Stimmberechtigten einhellig, die **vier Volksinitiativen** vom Dezember abzulehnen und bestätigte das Nein der Parteileitung zur Beteiligung des Bundes an der neuen schweizerischen Luftfahrtgesellschaft. Um Kontroversen zu vermeiden, beschränkten sich die Delegierten bei der **Statutenrevision** auf Vereinfachungen im Bereich der Kommissionen und die Aufwertung der „SVP Senioren“ zu einer Gruppierung mit Vertretung in den Leitungsorganen.³⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 26.11.2001
MAGDALENA BERNATH

Ende November behandelte die SVP an einem Sonderparteitag in Luzern die UNO-Beitrittsinitiative. Mit ihrem Eintreten für einen Beitritt der Schweiz zur **UNO** hatte die Bündner Nationalrätin Brigitta Gadiant keine Chance. Die SVP-Delegierten lehnten ihn mit 389:44 Stimmen ab.³⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 14.01.2002
MAGDALENA BERNATH

An ihrem Parteitag in Landquart (GR) beschlossen die Delegierten der SVP die Nein-Parole zur Volksinitiative "für eine kürzere Arbeitszeit". Parteipräsident Ueli Maurer übte Kritik an der bundesrätlichen Informationspolitik zur UNO-Vorlage, welche die SVP bereits im November 2001 zur Verwerfung empfohlen hatte. Nach kurzer Diskussion – Einwände kamen von den Gesundheitsdirektoren der Kantone Aargau und Thurgau und von Ärzten – beschlossen die SVP-Delegierten einstimmig und ohne Enthaltung, eine **Krankenkasseninitiative** vorzubereiten. Die geplante Krankenkasse soll analog zur Altersvorsorge auf drei Säulen aufbauen: Die erste Säule mit der obligatorischen Grundversicherung umfasst bei eingeschränkter Arztwahl nur noch existenziell notwendige Leistungen; in der zweiten Säule, welche eine Aufnahmepflicht für die Versicherer vorsieht, können zusätzliche Leistungen bei freier Arztwahl versichert werden; die dritte Säule ist den bisherigen auf dem Privatversicherungsrecht beruhenden Zusatzversicherungen vorbehalten. Mit diesem Modell hofft die SVP, 20% der Prämienkosten einzusparen.³⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.03.2002
MAGDALENA BERNATH

Im Nachgang zur UNO-Abstimmung kam es in der SVP-Fraktion zu einer heftigen Aussprache, in der die **UNO-Beitrittsgegner die Beitrittsbefürworter** (unter anderen Haller, BE und Lisbeth Fehr, ZH) **angriffen**, weil sie sich aktiv für die Vorlage eingesetzt hatten. Einzelne Exponenten des Zürcher Flügels drohten mit Parteausschluss und verlangten, dass sich Kandidierende für eidgenössische Wahlen mittels Unterschrift der Parteilinie verpflichteten.³⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 08.04.2002
MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung in Brig, welche innert Jahresfrist bereits zum zweiten Mal im Wallis stattfand, empfahl die SVP sowohl die Vorlage zur **Fristenregelung** als auch die Volksinitiative "für Mutter und Kind" zur Ablehnung. Mit ihrem **Nein** zur Fristenregelung desavouierte sie die SVP-Frauen, deren Vorstand vorgängig die Ja-Parole beschlossen hatte.³⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 29.05.2002
MAGDALENA BERNATH

Ende Mai präsentierte die SVP einen Forderungskatalog zur Stärkung des **Wirtschaftsstandorts Schweiz**. Die Massnahmen umfassten unter anderem Steuersenkungen, Budgetkürzungen, die Aufgabe des Dosiersystems für Lastwagen am Gotthard sowie Kurzzeitbewilligungen für Ausländer ohne Familiennachzug und ohne automatische Umwandlung zum Daueraufenthalter, d.h. die Rückkehr zum Saisonierstatut.⁴⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 08.07.2002
MAGDALENA BERNATH

An ihrem Sonderparteitag in Pratteln (BL) eröffnete die SVP den **Wahlkampf**: Einstimmig beschlossen die Delegierten die Ja-Parole zu ihrer Volksinitiative "gegen Asylrechtsmissbrauch". Nach einer Ansprache von Bundesrat Samuel Schmid zur Verzahnung zwischen innerer und äusserer Sicherheit und anschliessenden Referaten zum Spannungsfeld Migration und Sicherheit verabschiedeten die Delegierten einen Forderungskatalog "**Sicherheit Schweiz**", der von der Grenzsicherung, dem Misstrauen gegenüber dem Schengen-System der EU, der abschreckenden Behandlung von Asylsuchenden, der Verbrechensbekämpfung in den Städten bis zu Sanktionen gegen Eltern gewalttätiger Schüler reichte.⁴¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 26.08.2002
MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung im August beschloss die SVP mit grosser Mehrheit die Ja-Parole zum Elektrizitätsmarktgesetz. Gemäss einer Repräsentativuntersuchung stimmten die SVP-Sympathisanten dann allerdings klar gegen die Elektrizitätsmarktliberalisierung. Im Mittelpunkt der Debatten stand jedoch die geplante **Krankenkasseninitiative "für tiefere Prämien"**. Nachdem der im Januar verabschiedete, auf dem Dreisäulenmodell basierende Entwurf in der über Internet durchgeführten Vernehmlassung abgelehnt worden war, weil er einer unsozialen Dreiklassenmedizin Vorschub leiste, sah die überarbeitete Version des Begehrens die heutige Zweiteilung der Krankenversicherung in einen obligatorischen und einen fakultativen Teil vor. Die Grundversicherung soll nur die absolut notwendigen Leistungen abdecken; der Rest wird, falls gewünscht, über eine Zusatzversicherung bezahlt. Verlangt wird ausserdem die Aufhebung des Vertragszwangs für Ärzte und die Entflechtung der Spitalfinanzierung. Toni Bortoluzzi räumte ein, dass die Volksinitiative im wesentlichen Reformvorschläge aufnehme, welche sich bereits in der parlamentarischen Beratung befinden; im Berichtsjahr ist das Volksbegehren noch nicht lanciert worden.⁴²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 21.10.2002
MAGDALENA BERNATH

Nachdem der Parteivorstand die Ja-Parole zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beschlossen hatte, beauftragten die SVP-Delegierten die Parteileitung, für das kommende Jahr ein Grundsatzpapier vorzulegen, das Massnahmen zur Eindämmung der **Schuldenwirtschaft** des Staates auflistete.⁴³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 03.02.2003
MAGDALENA BERNATH

Zwei Wochen später eröffnete die SVP an ihrer Delegiertenversammlung in Biel die Unterschriftensammlung. Zur SP-Gesundheitsinitiative, welche einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien verlangt, beschlossen die Delegierten einstimmig die Nein-Parole. In seiner Rede zur Situation der Sozialwerke forderte Bundesrat Samuel Schmid, die demographische Entwicklung zu berücksichtigen. Nicht Anreize zur Frühpensionierung seien gefragt, sondern **Arbeitsmodelle für ältere Personen**, ohne aber einfach das Rentenalter zu erhöhen. Nach einem kurzen Disput zwischen Parteipräsident Ueli Maurer und dem Berner Kantonalpräsidenten Hermann Weyeneth stimmten die SVP-Delegierten dem Antrag der Waadtländer SVP zu, ein Strategiepapier zur Agrarpolitik auszuarbeiten. Weyeneth hatte eingewandt, die SVP sei kein Ersatz-Bauernverband.⁴⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 07.04.2003
MAGDALENA BERNATH

Anfang April beschlossen die SVP-Delegierten in Lausanne nach engagierter Diskussion mit 165:161 Stimmen die **Ja-Parole zur Armee XXI**. Gegner wie Befürworter sorgten sich um den Bedeutungsverlust der Schweizer Armee: Erstere warnten vor einer Zweiklassenarmee und forderten eine Stärkung des Milizsystems und der schweizerischen Unabhängigkeit, letztere argumentierten, die Neutralität stehe überhaupt nicht zur Diskussion, zur Armeeereform gebe es keine Alternative, ohne sie arbeite man den Armeeabschaffern in die Hände. Mit 161:151 Stimmen empfahl die SVP auch die Vorlage zum Bevölkerungsschutz zur Annahme. Die sieben von der Linken unterstützten Volksinitiativen wurden praktisch einstimmig abgelehnt.⁴⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 30.06.2003
MAGDALENA BERNATH

Mit 272:36 Stimmen beschlossen die Delegierten der SVP im Juni in Grenchen (SO), das **Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung** zu ergreifen. Besonders stossend fanden die Referendumsgegner (fast ausschliesslich Frauen), dass die Referendumsbefürworter die Mutterschaftsversicherung mit dem Argument bekämpften, sie lasse die nicht erwerbstätigen Frauen ausser Acht und schaffe damit zwei Klassen von Müttern – dabei war die letzte, vom Volk verworfene Vorlage nicht zuletzt deshalb gescheitert, weil sie alle Mütter berücksichtigt hatte. In einem Positionspapier sprach sich die SVP gegen jegliche Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten von AHV, IV oder BVG aus und sagte der „Scheininvalidität“ den Kampf an.⁴⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 23.08.2004

MAGDALENA BERNATH

An ihrer Delegiertenversammlung im Schützenhaus Albisgütli, wo die Zürcher SVP seinerzeit die Nein-Parole zum EWR herausgegeben hatte, verabschiedeten die SVP-Vertreter mit 344:11 Stimmen eine Resolution, die den Bundesrat auffordert, auf seinen Entscheid zurückzukommen und den Beitritt zum **Schengen-Abkommen** nicht dem fakultativen, sondern dem **obligatorischen Referendum** und damit dem Ständemehr zu unterstellen. Sollte der Bundesrat dies ablehnen, wurde die Parteileitung beauftragt, das fakultative Referendum zu ergreifen. Mit 315:12 Stimmen lehnten die Delegierten den Mutterschaftsurlaub und mit 300:0 Stimmen die beiden Einbürgerungsvorlagen ab; auch die Poststellen-Initiative hatte mit 237:27 Nein keine Chancen. Zwei Monate später beschlossen die SVP-Delegierten in Basel mit 321:4 Stimmen die „Nein-Parole“ zu Schengen und Dublin – noch bevor das Parlament darüber beraten hatte. Ziel der Veranstaltung war es nach der Ansicht von Kommentatoren offensichtlich, die Basis zu beruhigen und zu zeigen, dass sich die SVP auch mit Christoph Blocher im Bundesrat treu bleibt.⁴⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 18.10.2004

MAGDALENA BERNATH

Mitte Oktober beschloss der Zentralvorstand der SVP für alle drei Vorlagen vom 28. November die Ja-Parole. Der Entscheid zur NFA fiel mit 35:22 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Damit stellte sich der Zentralvorstand gegen die Kantonalparteien von Zürich und Zug, die bereits die Nein-Parole herausgegeben hatten. Die neue Finanzordnung wurde mit 40:11 Stimmen, die Vorlage zur Stammzellenforschung mit 38:4 Stimmen angenommen. Mit 217:44 Stimmen verabschiedeten die Delegierten in Schaffhausen ein ursprünglich für einen Sonderparteitag im Sommer traktandiertes **Thesepapier zur Armee**, das gemäss dem parteiinternen Kritiker Hermann Weyeneth (BE) nicht nur die Volksentscheide von 2001 (bewaffnete Auslandseinsätze) und 2003 (Armee reform) missachtet, sondern auch der vom Bundesrat bekräftigten weiteren Umsetzung der Armee XXI diametral entgegensteht. Weyeneth forderte vergeblich die Rückweisung des Papiers und eine Vernehmlassung bei den Kantonalparteien.⁴⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 13.08.2005

MAGDALENA BERNATH

Mit 297:94 Stimmen gaben die SVP-Delegierten in La Chaux-de-Fonds (NE) die **Nein-Parole zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens** auf die neuen EU-Länder heraus und stellten sich damit gegen Bundesrat Blocher und die Nationalräte und Unternehmer Peter Spuhler (TG) und Hansruedi Wandfluh (BE), welche sich für die Vorlage ausgesprochen hatten. Blocher hatte vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt, mit der Personenfreizügigkeit die Schweizer Wirtschaft retten zu wollen, aber festgehalten, dass die Schweiz den Schritt wagen sollte. Zu einer kleinen Debatte führte ein Thesepapier über die Liberalisierung der Agrarpolitik. Dieses bekräftigte die Multifunktionalität der Landwirtschaft und die Forderung nach einer staatlichen Abgeltung für bäuerliche Leistungen, verlangte jedoch von den Bauern, von „Staatsbeamten“ zu Unternehmern zu werden.⁴⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 22.08.2005

MAGDALENA BERNATH

An ihrem Parteitag auf dem Säntis (AR) verabschiedeten die SVP-Delegierten einstimmig eine **„Agenda 2007 – Wachstum statt Bürokratie“**. Darin verlangten sie von Bundesrat und Parlament bis zu den Wahlen im Oktober 2007 weniger Bürokratie und Steuern (so die Abschaffung der direkten Bundessteuer für Unternehmen), die Sanierung der Bundesfinanzen und Sozialwerke sowie keine neuen Schulden.⁵⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 17.10.2005

MAGDALENA BERNATH

Mitte Oktober beschloss die SVP an ihrer Delegiertenversammlung in Näfels (GL) mit 229:103 Stimmen die **Nein-Parole zur Volksinitiative „für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft“** und empfahl mit 330:27 Stimmen die Revision des Arbeitsgesetzes, das die Sonntagsarbeit in Zentren des öffentlichen Verkehrs regelt, zur Annahme. Wirtschaftliche Überlegungen hatten bei beiden Vorlagen den Ausschlag gegeben: Während die Legalisierung der Sonntagsverkäufe kaum bestritten war, führte das vom Bauernverband mitinitiierte Gentech-Moratorium zu einer rund einstündigen Debatte. Gemäss dem Luzerner Landwirt und Nationalrat Josef Kunz vertrete die Initiative die ureigensten Interessen der Bauern, für den Berner Unternehmer und Nationalrat Hansruedi Wandfluh schädigte sie hingegen Wirtschaft und Forschung.⁵¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.02.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Auf der Delegiertenversammlung vom Februar in Stans (NW) sprach sich die SVP mit 326:2 Stimmen **für die Privatisierung der Swisscom** aus. Bundesrat Blocher argumentierte, das Haftungsrisiko sei für den Bund zu hoch. Nach dem Verkauf sei aber auf die Gewährleistung der Grundversorgung für alle Kunden zu achten, wobei diese Leistung auch von privater Hand erbracht werden könne.⁵²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 10.04.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

An der Versammlung in Maienfeld (GR) im April votierten die Delegierten einstimmig für die **Asyl- und Ausländergesetze**; die SVP war in der Kampagne zu dieser Volksabstimmung äusserst präsent und bemühte sich, die auch von den anderen bürgerlichen Parteien mitgetragenen Beschlüsse als alleiniges Verdienst der SVP und ihres Bundesrats Blocher darzustellen. Mit einer knappen Mehrheit von 32:26 Stimmen fasste der Parteivorstand in Maienfeld auch die Ja-Parole zum Bildungsartikel.⁵³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 21.08.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

In Baar (ZG) sprachen sich im August die Delegierten einstimmig dagegen aus, einen Teil der zukünftigen **Nationalbankgewinne** an die AHV fliessen zu lassen, wie dies die Kosa-Initiative verlangte. Auch die **Ablehnung des Kinderzulagengesetzes**, gegen welches der Gewerbeverband das Referendum ergriffen hatte, fiel mit 426:3 Stimmen sehr deutlich aus. Verabschiedet wurde ausserdem das Positionspapier „Zehn Gebote für einen gesunden Staatshaushalt“, das ein hartes Sparprogramm zur finanziellen Sanierung des Bundes und die Beschränkung der Tätigkeit des Bundes auf einige Kernaufgaben fordert.⁵⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 17.01.2007
SABINE HOHL

Im Januar stellte die SVP ein **Positionspapier zur Neutralität** vor. Sie forderte darin eine Rückkehr der Schweiz zur so genannten „integralen Neutralität“, welche Wirtschaftssanktionen ausschliesst. Weiter forderte die SVP, die Guten Dienste müssten gestärkt, eine Annäherung an die EU und die NATO sowie eine Bewerbung für einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat verhindert und die Auslandseinsätze der Schweizer Armee gestoppt werden. Bundesrätin Micheline Calmy-Rey müsse zurücktreten, wenn sie weiterhin für das Konzept der aktiven Neutralität einstehe.⁵⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 16.02.2007
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung in Payerne (VD) beschloss die SVP, **bei einer Abwahl eines ihrer Bundesräte in die Opposition zu gehen**. Zudem solle aus der SVP-Fraktion ausgeschlossen werden, wer anstelle von Schmid oder Blocher eine Wahl in den Bundesrat annehme. Die Delegierten sprachen sich ohne Gegenstimme gegen die Initiative für eine Einheitskrankenkasse aus. Bundesrat Schmid äusserte sich in der Presse, er werde bei einer Nichtwiederwahl von Bundesrat Blocher frei entscheiden, ob er in der Regierung verbleibe.⁵⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 19.03.2007
SABINE HOHL

Mitte März hielt die SVP eine Delegiertenversammlung in Lugano ab, die **ganz im Zeichen des Ausländerthemas** stand. Parteipräsident Maurer sagte in einer Rede, die SVP stehe für all die Eigenschaften, welche den Erfolg der Schweiz ausmachten. Sie kämpfe für die Neutralität, das Bankgeheimnis und den föderalistischen Wettbewerb. Das freundliche Gesicht der Schweiz sei aber vermehrt durch „multikulturelle Brutalität“ abgelöst worden. Bundesrat Blocher sprach zum Thema Jugendgewalt. Diese sei eine grosse Sorge der Bevölkerung, die erst langsam von der Politik wahrgenommen werde. Ein weiteres Thema der Delegiertenversammlung waren Bildungsprobleme im Zusammenhang mit der Migration. Die SVP forderte zur Lösung dieser Probleme eine Rückkehr zum Leistungs- und Wettbewerbsprinzip in den Schulen. Auch die Diskussion der 5. IV-Revision, zu der die Delegierten mit 310 zu 1 Stimme die Ja-Parole fassten, drehte sich um das Thema Ausländer. Nationalrat Bortoluzzi (ZH) äusserte sich, die IV sei „balkanisiert“ worden. Ohne Gegenstimme beschlossen die Delegierten, eine Volksinitiative mit dem Titel „Unsere Regeln gelten für alle“ auszuarbeiten. Die Delegiertenversammlung in Lugano wurde in der Presse kritisiert, weil der Tessiner Parteisekretär von „ausländischen Parasiten, welche sich auf unsere Kosten wie Kaninchen vermehren“ gesprochen hatte, ohne dass die Parteileitung eingegriffen hatte.⁵⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 07.07.2008
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung Anfang Juli in Brig (VS) befasste sich die SVP mit der Vorlage zur **Personenfreizügigkeit**. Da das Parlament entschieden hatte, die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit der EU und deren Ausdehnung auf die neuen Mitglieder Bulgarien und Rumänien dem Volk im Falle eines Referendums als eine einzige Vorlage zur Abstimmung vorzulegen, geriet die Partei in ein Dilemma: Gegen eine Bekämpfung der ganzen Vorlage gab es Widerstand aus dem wirtschaftsfreundlichen Flügel der Partei, mit einem Akzeptieren der Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien lief die SVP aber Gefahr, viele Mitglieder an der Basis zu enttäuschen. Die SVP hatte den Parlamentsentscheid zunächst als „Austricksen des Volkes“ bezeichnet und angekündigt, gegen die Vorlage das Referendum zu ergreifen. Der Zentralvorstand hatte im Mai ein Referendum befürwortet, im Juni richtete er sich jedoch dagegen. Treibende Kraft war dabei alt Bundesrat Christoph Blocher. Die Delegierten befürworteten den Verzicht auf ein Referendum mit 326 zu 166 Stimmen. Die Junge SVP und einige Kantonalsektionen entschieden jedoch später, das von den SD und der Lega lancierte Referendum zu unterstützen. Weiter wurde an der Versammlung beschlossen, die AUNS-Volksinitiative „für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk)“ aktiv zu unterstützen. Zudem wurde die neue SVP-Sektion Graubünden in die Landespartei aufgenommen.⁵⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 29.09.2008
SABINE HOHL

Die SVP setzte 2008 verstärkt auf das Thema Bildung. In verschiedenen Kantonen ergriff sie das Referendum gegen das **Bildungskonkordat Harnos** zur gesamtschweizerischen Harmonisierung der Volksschule. Die SVP richtete sich dabei insbesondere gegen die frühere Einschulung und die Ganztagesbetreuung. Der Kampf gegen Harnos war in einigen Kantonen erfolgreich, so lehnte der Kanton Luzern den Beitritt zum Konkordat in einer Volksabstimmung ab.⁵⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 05.10.2008
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung Anfang Oktober in Lenzburg (AG) befasste sich die SVP mit dem Zustand und der **Zukunft der Schweizer Armee**. Sie verabschiedete zwei Positionspapiere zur strategischen Lage der Schweiz und zum Armeeauftrag. In letzterem wurde gefordert, der Bundesrat solle der Armee auf Basis der bewaffneten Neutralität einen konkreten Auftrag erteilen. Es solle für die Armee verbindliche, überprüfbare Ziele geben. Die Delegierten beschlossen zudem mit 350 zu 15 Stimmen eine Statutenänderung, wonach Mitglieder der SVP, die eine Wahl in den Bundesrat annehmen, ohne von der Partei offiziell nominiert worden zu sein, automatisch ihre SVP-Mitgliedschaft verlieren. Die Mitgliedschaft von ausgeschlossenen Personen kann erneuert werden, wenn die SVP-Bundeshausfraktion und der Zentralvorstand dem je mit Zweidrittelmehrheit zustimmen. Die SVP-Delegierten beschlossen fast einstimmig die Nein-Parole zur Hanfliberalisierungsinitiative und zum revidierten Betäubungsmittelgesetz. Folgende Parolen waren bereits durch den Zentralvorstand beschlossen worden: Nein zur SGB-Initiative für eine Flexibilisierung des Rentenalters, Ja zur Initiative für die Beschränkung des Verbandsbeschwerderechts und zur Initiative für die Unverjährbarkeit pornografischer Straftaten an Kindern.⁶⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 01.12.2008
SABINE HOHL

Ende Oktober empfahl die SVP-Parteileitung die Nein-Parole zur Personenfreizügigkeit mit der EU. Das Referendum war ohne die Unterstützung der SVP Schweiz zustande gekommen. Der Zentralvorstand empfahl im November ebenfalls ein **Nein zur Personenfreizügigkeit**. Die Delegierten beschlossen die Nein-Parole Ende November mit 432 zu 45 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Die Befürworter der Vorlage aus dem wirtschaftsfreundlichen Flügel der SVP blieben chancenlos.⁶¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 11.02.2009
SABINE HOHL

Im Februar wurde die erweiterte **Personenfreizügigkeit mit der EU** vom Volk deutlich (fast 60% Ja-Stimmen) angenommen. Die SVP hatte als einzige grosse Partei die Nein-Parole zu der Vorlage ausgegeben. Am Abstimmungstag sprach Parteipräsident Toni Brunner davon, eine Volksinitiative zur Begrenzung der Personenfreizügigkeit zu lancieren. Er relativierte dies jedoch später: Man werde zunächst den parlamentarischen Weg beschreiten.⁶²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 30.03.2009
SABINE HOHL

Ende März fand eine Delegiertenversammlung der SVP in La Brévine (NE) statt. Die Delegierten sprachen sich dafür aus, das **Bankkündengeheimnis in der Bundesverfassung zu verankern**. Die Strafbestimmungen für eine Verletzung des Bankgeheimnisses sollen zudem verschärft werden. Die SVP bekräftigte auch ihre Position, an der Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug festzuhalten. Diskutiert wurde auch das von Christoph Blocher ausgearbeitete Papier zum Thema Bankenkrise. Dieses wurde mit 360 zu 12 Stimmen eindeutig befürwortet. Die Delegierten beschliessen mit 382 zu einer Stimme die Nein-Parole zur IV-Zusatzfinanzierung über die Mehrwertsteuer. Am Vortag hatte der SVP-Zentralvorstand bereits weitere Abstimmungsparolen gefasst: Er sagte Nein zum biometrischen Pass (mit 35 zu 17 Stimmen) und auch Nein zum Verfassungsartikel „Zukunft mit Komplementärmedizin“. ⁶³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 04.05.2009
SABINE HOHL

Anfang Mai fand in Bern ein ausserordentlicher Parteitag der SVP statt, an dem die Partei ihre Positionen in der **Migrationspolitik** bestätigte. In einer Resolution zum Thema Asylrecht forderte die SVP unter anderem, dass Militärdienstverweigerer und Deserteure kein Asyl mehr erhalten sollen. Vorläufig Aufgenommenen soll nach dem Willen der SVP die Sozialhilfe gestrichen werden. Zudem soll das Grenzwachtkorps um 200 bis 300 Stellen aufgestockt werden, um illegale Einreisen zu verhindern. In einem breiter angelegten Positionspapier zur Migrationspolitik verlangte die SVP auch Verschärfungen des Strafrechts. Betont wurde insbesondere, dass die schweizerische Rechtsordnung gegenüber religiös begründeten Normen Vorrang habe und durchgesetzt werden müsse. ⁶⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 02.09.2009
SABINE HOHL

Ende Oktober führte die SVP einen **Sonderparteitag zum Thema Landwirtschaftspolitik** in Wauwil (LU) durch. Die SVP stellte sich klar gegen jegliche Reformen, welche die schweizerische Landwirtschaft dem internationalen Wettbewerb aussetzen würden. So richtete sie sich etwa gegen ein Abkommen zum Agrarfreihandel mit der EU – die Verhandlungen hierzu sollen nach Ansicht der SVP abgebrochen werden. Zudem forderte die SVP, dass bei den WTO-Verhandlungen das Thema Landwirtschaft ausgeklammert werden müsse. In einer Resolution berief sich die SVP auf die Idee der „Ernährungssouveränität“, um ihre protektionistische Politik zu begründen: Die Schweiz müsse souverän und unabhängig bleiben, dazu sei eine eigenständige Versorgung mit Nahrungsmitteln notwendig. ⁶⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.10.2009
SABINE HOHL

Die Volksinitiative für eine Volkswahl des Bundesrates war dann erneut Thema an der Delegiertenversammlung der SVP in Genf im Oktober. Die SVP-Delegierten entschieden sich mit 217 zu 97 Stimmen für das Majorzsystem mit zwei garantierten Sitzen für die französisch- und italienischsprachige Schweiz. Die Befürworter des Proporzsystems hatten argumentiert, dass der Proporz der Konkordanz besser entsprechen würde. Es wurde jedoch davon ausgegangen, dass das Majorzverfahren in der Abstimmung über die Initiative bessere Chancen haben dürfte, weil es das übliche System für die Wahl von Regierungen ist. An der Delegiertenversammlung wurde auch die **Ja-Parole zur Anti-Minarett-Initiative** beschlossen, dies deutlich mit 288 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Verschiedene Votanten sahen im Minarettbau ein Zeichen einer „Islamisierung“ der Schweiz. Zudem repräsentierten Minarette einen islamischen Machtanspruch. Der SVP-Zentralvorstand beschloss weitere Parolen: Die GSoA-Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten lehnte er einstimmig ab. Zur Vorlage „Spezialfinanzierung Luftverkehr“ wurde dagegen die Ja-Parole beschlossen. ⁶⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 25.01.2010
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung Ende Januar in Stans verabschiedete die SVP eine Resolution zur **Energiepolitik**. Sie forderte den raschen Bau neuer Atomkraftwerke, um zusammen mit den Wasserkraftwerken den kostengünstigen Strommix weiterhin gewährleisten zu können. Erneuerbare Energien hätten zwar Potenzial, wurde beschieden, dieses sei aber begrenzt und nicht durch staatliche Unterstützung zu fördern. ⁶⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 04.01.2011
MARC BÜHLMANN

Gegen das 2010 an einer Delegiertenversammlung verabschiedete Papier zur **Bildungspolitik**, in dem die SVP eine Rückbesinnung auf alte pädagogische Werte, die Erlernung der „Schnürlischrift“, die Förderung der Mundart und die Abschaffung des Fremdsprachenunterrichts fordert, erwuchs parteiinterne Opposition. Nationalrat und Gymnasiallehrer Oskar Freysinger äusserte sich in der Presse dezidiert gegen diese Ideen.⁶⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 17.01.2011
MARC BÜHLMANN

An der Delegiertenversammlung in Emmenbrücke Mitte Januar empfahl die SVP die **Waffenschutzinitiative** mit 432 gegen eine Stimme zur Ablehnung. Die Armeewaffe zu Hause sei in der Schweiz Symbol und Teil der Freiheit. Die Initianten hätten kein Vertrauen in die Bürger – so die Argumentationen. Einzig Ständerat Jenny (GL) sprach sich – „aus persönlichen Gründen“ – für eine Annahme aus.⁶⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 28.03.2011
MARC BÜHLMANN

An ihrer Delegiertenversammlung in Lugano Ende März bekräftigte die SVP ihren Oppositionskurs in der **EU-Politik**. Gegen das geplante Vertragspaket der Bilateralen III wurde eine Resolution verabschiedet. Die Idee einer institutionellen Anbindung an die EU-Behörden bedeute eine automatische Übernahme von EU-Recht und müsse verhindert werden. In der Resolution wurde auch der definitive Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs gefordert.⁷⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 29.08.2011
MARC BÜHLMANN

Zu einem eigentlichen Wahlspektakel verkam die Delegiertenversammlung Ende August in Oerlikon, an der keine Entscheide gefällt wurden, aber ein als Bundebrief gestalteter **„Vertrag mit dem Volk“** von rund 200 National- und Ständeratskandidierenden der Partei unterzeichnet wurde. Mit der Unterschrift verpflichteten sich die Bewerberinnen und Bewerber, sich gegen einen allfälligen EU-Beitritt zur Wehr zu setzen, die Masseneinwanderung zu stoppen und dafür zu sorgen, dass kriminelle Ausländer ausgeschafft werden.⁷¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 20.09.2011
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung vom 20. Juni in Altstätten (SG) forderte die SVP in einer Resolution, dass sich die Schweiz nicht an der **EU-Operation „Atalanta“** beteiligen soll. Mit der Operation „Atalanta“ werden am Horn von Afrika im Indischen Ozean Piraten bekämpft. Bundesrat Maurer sprach sich an der Versammlung gegen den sicherheitspolitischen Grundsatz „Sicherheit durch Kooperation“ aus. Kooperation bringe unweigerlich Abhängigkeit mit sich, was der staatlichen Souveränität schade.⁷²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 27.09.2011
MARC BÜHLMANN

Vorschläge in der **Asylpolitik** stellte die SVP-Spitze im Rahmen einer Medienkonferenz in Bern vor. Anlass dafür war die Präsentation der Zusatzanträge zur Asylgesetzrevision von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Die SVP hielt die Vorschläge zur Verkürzung der Asylverfahren für wirkungslos. Auch die SVP wolle kürzere Verfahren, dies aber durch eine Einschränkung der Rechtsmittel der Asylsuchenden erreichen. Mehrfach- oder Wiedererwägungsgesuche sollen verboten und der Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene eingeschränkt werden. Zudem sollen die Abkommen von Schengen und Dublin gekündigt und die Kontrollen an den Schweizer Grenzen intensiviert werden.⁷³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 12.07.2012
MARC BÜHLMANN

Mitte Juli stellte die SVP ein Grundsatzpapier zu ihrer **Gesundheitspolitik** vor. Darin wurden Massnahmen vorgeschlagen, die Systemfehler und Fehlanreize beheben sollen. Gefordert wurden etwa mit dem Alter zunehmende Prämienstufen, um Familien und junge Erwachsene zu entlasten. Der Leistungskatalog der Grundversicherung soll auf die wesentlichen Bedürfnisse gekürzt und die Selbstverantwortung durch eine Erhöhung des Selbstbehalts und der Mindestfranchise gestärkt werden. Zudem wurde die Abschaffung des Vertragszwangs gefordert. Das Papier stand aufgrund der gefassten Nein-Parole zur Managed Care-Vorlage allerdings etwas quer in der Landschaft, weil zum Beispiel auch die integrierte Versorgung sowie Ärztenetzwerke als vielversprechend hervorgehoben wurden.⁷⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.08.2012
MARC BÜHLMANN

Anfang August nutzte die SVP ihre „Bauern-Landsgemeinde“ in Grosswangen (LU) zur Ankündigung ihrer Opposition in der laufenden Revisionsdebatte zur **Agrarpolitik**. Als Bauernpartei müsse sich die SVP gegen die Technokratie und die „Umerziehungspolitik“ des Bundes wehren. Die Versorgungssicherheit werde ausser Acht gelassen und die Ökologie zu stark betont. Damit würden Bauern zu Landschaftsgärtnern degradiert. In einer Resolution forderten die Anwesenden nicht nur eine Korrektur der laufenden Agrarreform, sondern auch Massnahmen zur Verbesserung der bäuerlichen Einkommenssituation sowie gegen den Zerfall des Milchpreises.⁷⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 21.08.2012
MARC BÜHLMANN

In ihrem Mitte August vorgelegten Positionspapier zur **Raumplanung** wandte sich die SVP gegen die Revision des Raumplanungsgesetzes und insbesondere gegen die dort geplante Zentralisierung. Die Volkspartei kündigte die Unterstützung des vom Gewerbeverband beschlossenen Referendums gegen die Revision an. Zudem verknüpfte sie das spätestens nach der Annahme der Zweitwohnungsinitiative populäre Thema Zersiedelung mit einem ihrer Kernthemen: Der Verlust von Kulturland und der Verbrauch der Landressourcen seien eine Folge der Zuwanderung. Dieses Problem müsse mit einem Stopp der Masseneinwanderung gelöst werden; alles andere sei „Pflasterlipolitik“. Akzentuiert wurde die Debatte durch die Einreichung der Ecopop-Initiative „Stopp der Überbevölkerung“, die ebenfalls mit Einwanderungskontingenten die Folgen der Zuwanderung in den Griff bekommen will. Parteipräsident Brunner machte an der Delegiertenversammlung in Seedorf (UR) Ende Oktober deutlich, dass man die Idee der Ecopop-Initiative unterstütze. In Seedorf wurde schliesslich mit 321 zu 33 Stimmen die Nein-Parole zum revidierten Raumplanungsgesetz beschlossen, gegen das in der Zwischenzeit das Referendum eingereicht worden war, und das 2013 zur Abstimmung vorgelegt wird.⁷⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 28.08.2012
MARC BÜHLMANN

Ende August präsentierte die SVP ein Positionspapier zur **Energiepolitik**. Auch nach Fukushima blieb die Volkspartei ihrem AKW-freundlichen Kurs treu, sie wollte aber die Wasserkraft als Hauptpfeiler der Stromversorgung stärken. Mit der Aufhebung des Deckels der kostendeckenden Einspeisevergütung solle zudem mehr Strom aus erneuerbaren Energien produziert werden. Dies reiche aber nur als Ersatz zweier kleiner Atomkraftwerke. Da nach Ansicht der SVP der Stromverbrauch weiter steigen werde, brauche es spätestens ab 2030 ein neues AKW, später – falls die Technologien nicht Schritt halten würden – gar noch zwei weitere. Darüber müsse aber möglichst rasch die Stimmbevölkerung befinden.⁷⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.12.2012
MARC BÜHLMANN

Als Indiz für eine sich aufweichende innerparteiliche Kohärenz und die stärker werdende Kritik können auch die abweichenden **Parolen** der Kantonalsektionen bei den zwölf im Berichtsjahr abgestimmten nationalen Vorlagen gelten. Fünf Mal wich mindestens eine kantonale Partei mit ihrer Empfehlung von der Parole der Mutterpartei ab. Beim Tierseuchengesetz waren es sogar sieben Kantonalsektionen (ZH, BE, BL, TG, VD, VS, GE) welche ein Ja statt des von der Delegiertenversammlung Ende Oktober mit 250 zu 89 Stimmen gefassten Neins empfahlen. Zuletzt hatte es 2003 so starke parteiinterne Opposition gegeben: beim Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz sowie beim Bundesgesetz zur Armee XXI stimmten gar zwölf Kantonalsektionen gegen die vom damaligen VBS-Chef Samuel Schmid durchgeführten Armee-reformen. Bei der Revision des Tierseuchengesetzes hatte sich die SVP-Fraktion im Parlament eigentlich noch für eine Annahme stark gemacht. Der angebliche Zentralismus, der die Bauern entmündige und die Skepsis gegen die von der EU angeführten internationalen Pharmafirmen führte an der Delegiertenversammlung in Seedorf (UR) Ende Oktober aber dann zu einem relativ wuchtigen Nein, das auch die aufgeheizte Stimmung an der Basis widerspiegelte. Ebenfalls vor allem an der Basis umstritten und von drei Kantonalsektionen (UR, GL, VS) mit einer Ja- statt einer Nein-Parole versehen war die Managed Care-Vorlage. Auch hier hatte die SVP-Fraktion zu den Befürworterinnen im Parlament gehört, aber auch hier gab es Anfang Mai an der Delegiertenversammlung in Klingnau eine mit 368 zu 52 Stimmen relativ deutliche Abfuhr. Erschwerend kam hinzu, dass der SVP-Gesundheitsexperte Toni Bortoluzzi (ZH) gegen Gregor Rutz (ZH) antreten musste, welcher seinerseits das Gegnerkomitee organisierte. Bortoluzzi führte das Nein in Klingnau auf das wachsende Misstrauen in seiner Partei gegenüber dem Gesundheitswesen zurück. Folge der internen Auseinandersetzung war, dass Bortoluzzi seine ursprünglich angekündigte Absicht, vor Legislativende zurückzutreten und dem ersten Ersatzmann – Gregor Rutz – Platz zu machen, widerrief. Die SVP war allerdings nicht die einzige Partei, die während der

Kampagne zu Managed Care kippte. Von immerhin noch zwei Kantonalsektionen (ZG, TG) bekämpft wurde der Bundesbeschluss zur Regelung der Geldspiele, der Ende Januar vom Zentralvorstand zur Annahme empfohlen worden war. Je eine Kantonalsektion wich ab beim Bundesbeschluss zur Jugendmusikförderung (VS) bzw. bei der Initiative für ein steuerlich begünstigtes Bausparen (ZG). Ersterer war von der Mutterpartei an der Delegiertenversammlung Ende August in Basel zur Ablehnung, zweitere im Januar vom Zentralvorstand zur Annahme empfohlen worden. Die restlichen Vorlagen waren – auch was die fehlenden Abweichungen in der Parolenfassung durch die Kantonalsektionen betraf – unbestritten. In Berg (TG) wurde die Buchpreisbindung mit 342 zu 88 Stimmen und die Ferieninitiative mit einer Gegenstimme abgelehnt. In Klingnau wurde – neben Managed Care – mit 486 zu 0 einstimmige Unterstützung für die Auns-Initiative („Staatsverträge vors Volk“) und mit 415 zu 15 Stimmen die Annahme der Initiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“ empfohlen. In Basel wurde Ende August die Nein-Parole zur Initiative „Schutz vor Passivrauchen“ (284 zu 25 Stimmen) und die Ja-Parole zur Initiative „Wohnen im Alter“ (289 zu 6 Stimmen) gefasst.⁷⁸

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 09.08.2013
MARC BÜHLMANN

„**Integration** ist kein Selbstbedienungsladen“ hiess das Positionspapier, das die SVP Anfang August präsentierte und mit dem sich die Partei gegen die Vorschläge des Bundesrates zum neuen Ausländergesetz wandte. Dort wurde eine Erhöhung der Ausgaben für Integrationsmassnahmen vorgeschlagen, die allerdings nur dann an die Kantone ausbezahlt würden, wenn auch diese ihr Budget erhöhen. Integration sei aber keine Staatsaufgabe, so die SVP, sondern beginne mit dem Herzen und sei deshalb eine Angelegenheit der Ausländer selber. Wer sich nicht integrieren wolle, müsse das Land verlassen.⁷⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 25.11.2013
MARC BÜHLMANN

Im Gegensatz zum Vorjahr war die Kohärenz in der Volkspartei in Bezug auf die **Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungen** wieder stärker. Äusserst schwer tat sich die SVP dabei einzig mit der Abzockerinitiative. An der Delegiertenversammlung am 26. Januar in Balsthal traten Christoph Blocher (ZH) als Gegner und der parteilose Thomas Minder (SH) als Befürworter des Begehrens – obwohl in der gleichen Fraktion – in einer Podiumsdiskussion gegeneinander an. Das Duell der beiden endete relativ eindeutig zugunsten des Zürchers, und die Delegierten sprachen sich entsprechend mit 295 zu 160 Stimmen für die Nein-Parole aus. Die Parteibasis schien allerdings weniger überzeugt. Insgesamt ganze elf kantonale Sektionen wichen von der nationalen Nein-Empfehlung ab, darunter auch die SVP-Hochburgen Zürich, Aargau und St. Gallen. Zu Abweichungen von kantonalen Sektionen kam es lediglich noch bei einer weiteren eidgenössischen Abstimmungsvorlage. Pikanterweise handelte es sich dabei um die eigene Initiative zur Volkswahl des Bundesrates, die – obwohl bei der nationalen Delegiertenversammlung in Engelberg Anfang Mai noch mit 370 zu 8 Stimmen deutlich gutgeheissen – von der SVP Thurgau und der SVP Wallis zur Ablehnung empfohlen wurde. Die Parolen zu den restlichen neun Abstimmungsvorlagen wurden in der für die Volkspartei gewohnten Deutlichkeit und ohne abweichende Kantonsempfehlungen gefasst. Der Familienartikel wurde in Balsthal mit 482 zu 1 Stimmen zur Ablehnung empfohlen, weil er unnötig sei und zu Staatskindern führe. Das revidierte Raumplanungsgesetz wurde noch im Vorjahr an der Delegiertenversammlung in Seedorf (UR) mit 321 zu 33 Stimmen verworfen. Keine Gegenstimme erhielt die Asylgesetzrevision, die mit 369 Befürwortern in Engelberg zur Annahme empfohlen wurde. Ebenfalls einstimmig abgelehnt wurden die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht (mit 234 zu 0 Stimmen) und die 1:12-Initiative (mit 247 zu 0 Stimmen). Beide Parolen wurden bei der Delegiertenversammlung in Genf am 24. August gefasst. Die Ja-Parole zur Liberalisierung des Arbeitsgesetzes (einstimmig) und die Nein-Empfehlung zum Epidemienengesetz (mit 35 zu 8 Stimmen) wurden bereits zuvor vom SVP-Zentralvorstand beschlossen. In Meiringen wurde Ende Oktober schliesslich die eigene Familieninitiative einstimmig zur Annahme empfohlen. Zu mehr Diskussionen führte die Nein-Parole zur Erhöhung der Strassenabgaben (Autobahnvignette). Nicht das Resultat gab dabei zu reden – die Delegierten entschieden sich mit 319 zu 25 Stimmen gegen die Erhöhung – sondern die Vorwürfe an den Ständerat This Jenny (GL), der sich für die Vorlage stark gemacht und als Verräter der SVP-Grundsätze (keine neuen Steuern, Abgaben oder Gebühren) beschimpft worden war. Die Parolen der SVP stimmten in sechs Fällen mit dem Abstimmungsresultat überein – gleich selten wie bei der SP und der GP. Ende November stimmten sich die Delegierten zudem auf die Kampagne zur Masseneinwanderungsinitiative ein, die mit 352 zu 0 Stimmen zur Annahme empfohlen wurde. Der Zentralvorstand hatte bereits über die anderen beiden im Februar 2014

anstehenden Vorlagen getagt: mit 53 zu 2 Stimmen wurde für Fabi ein Nein und mit 50 zu 12 Stimmen für die Initiative zur privaten Finanzierung der Abtreibung ein Ja empfohlen. Die SVP-Vizepräsidentin und Präsidentin der SVP-Frauen Judith Übersax (SZ) hatte sich bereits im Oktober gegen letztere geäußert: es sei den Frauen zu überlassen, ob sie abtreiben wollen oder nicht. Eine Annahme der Initiative wäre ein Schritt zurück ins Altertum. Brisanz kam dieser Aussage auch deshalb zu, weil sowohl Übersax als auch der Co-Präsident des Initiativkomitees, SVP-Ständerat Peter Föhn, aus dem Kanton Schwyz kommen. Es wurde vermutet, dass die Parole nur im Zentralvorstand gefasst, nicht aber den Delegierten vorgelegt wurde, um parteiinternen Zwist zwischen der Frauen-Sektion und der gesamten Partei, wie er in der CVP und der FDP im Berichtjahr ausgebrochen war, zu vermeiden.⁸⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 21.06.2014
MARC BÜHLMANN

Nach dem Gripen-Nein justierte die **SVP** ihre **Armeepolitik** neu. Der aktive Bestand der Truppe dürfe nicht unter 120'000 Armeeeingehörige fallen, von denen mindestens 40% einsatzbereite Kampftruppen sein müssten. Die Armee solle auf Auslandseinsätze verzichten und innert dreier Tage aufgeboten werden können. Die Truppen müssten auf ein worst-case-Szenario ausgerichtet werden. Eine so ausgerichtete neue Armee benötige CHF 5,4 Mrd. Zudem müsse auch die Luftwaffe erneuert werden; in der Zwischenzeit sei aber ein Luftpolizeidienst während 24 Stunden sicherzustellen, wobei auch der alte Tiger F-5 zum Einsatz kommen müsse. Die Luftwaffe sei zudem durch ein Boden-Luft-Abwehrsystem zu unterstützen.⁸¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 26.07.2014
MARC BÜHLMANN

Die **SVP** strebte weitreichende Verschärfungen in der **Asylpolitik** an. Wer tatsächlich an Leib und Leben bedroht sei, reise nicht in die weit entfernte Schweiz, sondern bleibe in einem sicheren Nachbarland, um später wieder in die Heimat zurückkehren zu können. Aus diesem Grund seien Asylanträge zurückzuweisen, wenn sie von aus einem sicheren Land Einreisenden gestellt würden. Konkret würde dies bedeuten, dass nur noch Asyl beantragen kann, wer mit dem Flugzeug in die Schweiz kommt. Wer trotzdem einen Antrag stelle, solle nur ein Wegweisungsverfahren durchlaufen können, während dessen Dauer ein Aufenthalt in einem Zentrum gewährt werde, wo aber lediglich Naturalien abgegeben würden. Wer sich nicht an die Regeln halte, solle in ein geschlossenes Zentrum kommen. Es solle maximal eine einzige Beschwerdemöglichkeit geben. Diese Massnahmen seien Dublin-konform, weil der Grundsatz bestehen bleibe, dass niemand in ein Land ausgeschafft werde, in dem ihm Folter oder eine andere Art grausamer und unmenschlicher Bestrafung droht. Weil die Asylzahlen laut SVP stark angestiegen seien, brauche es sofort eine Verschärfung. Zudem funktioniere der Dublin-Schengen-Vertrag nicht, der vorsieht, dass Asylgesuche nur im Erstland gestellt werden können. Weil sich Italien oder Griechenland nicht daran hielten, komme es zu einer Explosion an Asylgesuchen in der Schweiz.

Zahlen der "Sonntagszeitung" zeigten allerdings, dass die Asylgesuche in der Schweiz in den letzten Jahren eher zurückgegangen, und erst ab Anfang 2014 wieder leicht angestiegen waren, wobei sich dieses Phänomen in ganz Europa zeigte. Der Rückgang in der Schweiz konnte mit den Gesetzesverschärfungen der letzten Jahre erklärt werden. Die Volkspartei dachte trotzdem laut über eine Volksinitiative nach, mit der die Asylgesetzgebung noch strenger geregelt werden soll. Parteiintern stiess das Vorhaben allerdings auf Kritik. So sprach etwa Ständeratspräsident Hannes Germann (SH) von einem „absoluten Tabubruch angesichts unserer völkerrechtlicher Verpflichtungen“. Eine solche Initiative würde faktisch die Abschaffung des Asylrechts bedeuten, wurde vor allem auch von ausserhalb der Partei breit kritisiert. Nicht nur die Medien machten kaum einen Hehl aus ihrer Abneigung gegen eine solche Idee, sondern auch das Bundesamt für Migration, die Bischofskonferenz oder die Justizdirektorenkonferenz bezeichneten die Absichten als weltfremd oder gar als Schande. Bundesrätin Sommaruga bezeichnete das Anliegen als beschämend, menschenverachtend und als Schaumschlägerei. Mit Blick nach Syrien, Libyen, die Ukraine und die Tragödie um die Bootsflüchtlinge müsste sich die Schweiz vielmehr ihrer humanitären Tradition besinnen. Der ehemalige Bundesrat Pascal Couchepin bezeichnete das Vorhaben der SVP als "realitätsfern". Die Volkspartei habe zunehmend eine „Auslandsneurose“. Auch wenn sie bis Ende Jahr keine entsprechende Initiative einreichte – offiziell weil sie mit der Völkerrechtsinitiative (gegen fremde Richter) ein zweites Projekt habe und nicht beide gleichzeitig stemmen könne – hatte die SVP mit ihrer Forderung zumindest für zahlreiche Schlagzeilen im Sommerloch gesorgt. Als dann im November der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte der Schweiz verbot, eine afghanische Familie nach Italien auszuschieben, weil dort die Kinder nicht angemessen untergebracht würden, griff die SVP auch die EMRK an und hatte eine willkommene Verknüpfung des

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 16.09.2014
MARC BÜHLMANN

In einem internen, vom Tages-Anzeiger publik gemachten **SVP-Papier zur Sozialpolitik** forderte die Partei, dass die Sozialhilfe wieder zu einer reinen Überbrückungshilfe in Notlagen wird. Die Veränderung hin zu einer langfristigen Sicherung der Existenz, wie sie etwa auch von der Städteinitiative Sozialhilfe prognostiziert wurde, sei aufzuhalten. Sozialhilfe soll an eine generelle Arbeitspflicht geknüpft werden, etwa in Form von gemeinnütziger Arbeit. Diese solle von der Gemeinde zugeteilt werden, welche damit wieder Autonomie gewinnen solle: Die Gemeinden sollen entscheiden, wann jemand Nothilfe erhält und wie viel. Es gehe nicht an, dass die Gemeinden zu einfachen Kostenträgern ohne Mitspracherechte gemacht würden. Die Einwände der Volkspartei richteten sich insbesondere gegen die Skos, die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, deren Richtlinien eine Anspruchsmentalität herbeigezchtet habe, von der eine ganze Sozialindustrie lebe. Das von der Skos definierte Existenzminimum sei zudem viel zu hoch.⁸⁵

-
- 1) JdG, 13.5.92; Presse vom 16.5.92.
 - 2) Sport, 26.10.90.
 - 3) Presse vom 27.4.90
 - 4) Presse vom 26.2. und 20.8.90; SVP-Pressedienst vom 21.8.90 (S. 11 f.); SGT vom 22.9.90; SVP-Ja (1990). Nr. 9, S. 1 f.
 - 5) NZZ und BaZ vom 28.2.90
 - 6) Presse vom 21.1.91; SVP-Pressedienst vom 21.2.91.
 - 7) Presse vom 21.1. und 22.4.91. NZZ vom 18.4.91 und 15.5.91; 24 Heures vom 18.5.91
 - 8) NQ vom 16.8.92; Presse vom 6.4.92. und 17.8.92; NZZ vom 20.8.92 und 25.8.92
 - 9) Blick vom 11.8.93; Presse vom 12.8. und 16.8.93; L'Hebdo vom 19.8.93; SVP ja, 1993, Nr. 5/6, S. 2 f. ; SVP-Broschüre. 1993. «GATT. Klipp und klar»
 - 10) Parolen 1993; Presse vom 25.1., 19.4., 16.8. und 25.10.93.
 - 11) Bund, BZ und NZZ, 19.8.94
 - 12) Bund, NZZ und 24 Heures, 14.9.94
 - 13) Parolen 1994
 - 14) Presse vom 23.1.95; Bund, 10.3.95; SVP, Schwerpunktprogramm '95, Bern 1995.
 - 15) Presse vom 3.4.96; NZZ, 4.4.96; SoZ, 7.4.96
 - 16) Presse vom 22.4.96
 - 17) Presse vom 26.3.96; SVP-Positionspapier Bundesfinanzen (1996). Der Weg der SVP in die schwarzen Zahlen
 - 18) Presse vom 9.9. und 2.12.96; NZZ, 12.11.96
 - 19) Presse vom 20.10.97; SVP-Positionspapier Asylpolitik (1997). Effektiv und glaubwürdig
 - 20) AZ, 25.2.98; SVP-Positionspapier (1998). «Mit (Auf)schwung ins nächste Jahrtausend»
 - 21) SVP-Positionspapier (1998). «Migrationspolitik – glaubwürdig und zukunftsorientiert»; TA, 28.3.98
 - 22) Presse vom 16.1.99
 - 23) Presse vom 25.1.99
 - 24) Presse vom 31.1.00.
 - 25) Presse vom 6.3.00. Das Grundsatzpapier wurde Anfang Mai veröffentlicht (Presse vom 9.5.00).
 - 26) NZZ, 15.4.00; Presse vom 17.4.00.
 - 27) Presse vom 3.7.00.
 - 28) Presse vom 18.7.00.
 - 29) Presse vom 19.8., 21.8., 22.8. und 28.8.00.
 - 30) NZZ, 27.1.01; Presse vom 29.1.01.
 - 31) BZ, 5.5. und 22.5.01. ; Presse vom 30.4.01.
 - 32) Presse vom 11.7.01.
 - 33) Presse vom 17.1.01; NZZ, 31.7.01.
 - 34) Presse vom 20.8.01.
 - 35) Presse vom 22.10.01.
 - 36) Presse vom 26.11.01.
 - 37) Presse vom 14.1.02.
 - 38) AZ, 12.2.02; BZ, 15.2.02; Presse vom 5.3. und 6.3.02.
 - 39) BaZ, 6.4.02; Presse vom 8.4.02.
 - 40) Presse vom 29.5.02.
 - 41) Presse vom 8.7.02.
 - 42) Presse vom 26.8.02.
 - 43) NZZ, 19.10.02; Presse vom 21.10.02.
 - 44) Presse vom 3.2.03. Zur Reaktion des Bauernverbandspräsidenten Hansjörg Walter (svp, TG) siehe TA, 8.3.03.
 - 45) NZZ, 2.4.03; BZ, 5.4.03; Presse vom 7.4.03.
 - 46) Presse vom 30.6.03.
 - 47) BZ, 24.6.04; Presse vom 28.6. und 23.8.04.
 - 48) Presse vom 16.10. und 18.10.04.
 - 49) NZZ, 8.1.05; Presse vom 10.1.05. Zum Thesenpapier siehe auch Presse vom 13.8.05.
 - 50) Presse vom 22.8.05.
 - 51) Presse vom 17.10.05.
 - 52) Presse vom 6.2.06.
 - 53) Presse vom 10.4.06.
 - 54) Presse vom 21.8.06.
 - 55) TA, 17.1.07.
 - 56) Delegiertenversammlung; NZZ, 29.1.07. Reaktion von Schmid; BZ, 16.2.07.
 - 57) Bund und NZZ, 19.3.07.
 - 58) SGT, 19.6.08; TA, 28.6.08; NZZ, 5.7.08; Presse vom 7.7.08.
 - 59) Bund, 26.3.08; TA, 29.9.08.
 - 60) Presse vom 5.10.08.
 - 61) Bund und TA, 30.10.08; Bund, 19.11.08; Bund und NZZ, 1.12.08.
 - 62) NZZ, 11.2.09.
 - 63) AZ, 28.3.09; NZZ, 30.3.09.

- 64) NZZ, 4.5.09.
65) NZZ, 2.11.09.
66) NZZ, 5.-6.10.09.
67) NZZ, 25.1.10.
68) TA, 3.1.11; Lib. und NF, 4.1.11.
69) LT, 17.1.11.
70) Presse vom 28.3.11.
71) Presse vom 29.8.11.
72) NZZ, 22.6.09.
73) NZZ, 27.9.11.
74) Presse vom 12.7.12.
75) LT, 3.8.12; Presse vom 6.8.12.
76) Presse vom 21.8.12; NZZ, 29.10.12.
77) NZZ, 28.8.12.
78) Berg (TG): NZZ, 30.1.12; Klingnau: NLZ, 5.5.12; NZZ, 7.5.12; Blick, 9.5.12; Basel: NZZ, 27.8.12; Seedorf: NZZ, 29.10.12;
Auseinandersetzung Bortoluzzi – Rutz: NZZ und TA, 10.5.12; NZZ, 15.5.12; TA und NZZ, 10.9.12; TA, 21.9.12; abweichende
Kantonalsektionen in früheren Jahren: 2011: 0 bei 1 Abstimmung; 2010: 13 / 7; 2009: 6 / 8; 2008: 9 / 10; 2007: 0 / 2; 2006: 6
/ 6.
79) BaZ, 9.8.13.
80) NZZ, 13.1. und 16.1.13; AZ, 17.1.13; NZZ, 20.1. und 24.1.13; Sonntagspresse vom 27.1.13; Presse vom 28.1.13; NZZ, 7.2.13; NZZS
und LMD, 5.5.13; NZZ, 6.5.13; NZZ, 24.8., 26.8., 13.10., 28.10. und 25.11.13
81) SO, 22.6.14
82) SoZ, 27.7.14; NZZ, TA, 28.7.14; AZ, SN, 29.7.14; SO, 3.8.14; NZZ, 4.8.14; WW, 6.8.14; Blick, NZZ, 8.8.14; AZ, 11.8.14; So-Bli,
17.8.14; So-Bli, 23.11.14
83) TA, 16.9.14; NZZ, 17.9.14